

Deutsch-Polnisch

Es hat sich wieder allerhand zugetragen in den mittleren Junitagen in den psychologisch verminten politischen Feldern zwischen Polen und Deutschen, nicht nur bei den Schlesiern in Hannover, sondern auch auf anderen deutsch-polnischen Szenarios. Hauptakteure waren nicht ganz freiwillig, aber auch nicht ganz erzwungen der Bundeskanzler auf der einen und der polnische Primas auf der anderen Bühne. *Helmut Kohl* hatte sich dabei zweifellos den schwierigsten Part ausgesucht. Wie immer dieser sich beim Schlesiertreffen anstellen würde, so meinte zwei Tage vor dem Treffen *Robert Leicht* in der Süddeutschen Zeitung, „die Sache werde für ihn auf jeden Fall schiefgehen“. In einem späteren Kommentar von *Herbert Riehl-Heise* zum Ereignis selbst war zwar vom Schiefgehen nicht mehr die Rede; Der Bundeskanzler sei in Hannover geradezu die „Verkörperung der Vernunft“ gewesen. Doch trotz seiner „vernünftigen Rede“, mit der er sich bei den Scharfmachern nicht anbiedern, aber auch keine Wählerstimme verprellen wollte, konnte er es niemanden recht machen.

Das Echo war entsprechend: in den Oststaaten, in Polen selbst und natürlich auch in der deutschen Presse. Denn obwohl Helmut Kohl in der Substanz nichts anderes sagte als *Richard von Weizsäcker* mit seiner Feststellung, den widerstreitenden Rechtsansprüchen sei das Verständigungsangebot überzuordnen, wenn er versicherte, die Bundesrepublik stelle gegen Polen keine Gebietsansprüche, so fand das doch niemand befriedigend. Und obwohl er dem, damit es allen klar würde, noch hinzufügte, die Bundesrepublik könne von sich aus die Rechtslage nicht ändern, aber von dieser gehe „keine Bedrohung für unsere Nachbarn aus“, war dies alles den einen zu „verwaschen“ und den anderen zu „undeutlich“. Er hatte halt nichts

„geklärt“ und konnte angesichts des Rechts- bzw. Friedensvertragsvorbehalts letztlich nicht klären, was als Grenze gelte oder Grenze sei bzw. was als Unterschied zwischen beiden zu gelten habe.

Das andere Szenario: Wenige Tage vorher gab der polnische Primas, Kardinal *Jozef Glemp*, dem WDR ein später in der „Zeit“ (14. 6. 85) abgedrucktes Interview. In diesem sprach er zu Recht davon, daß es völlig unrealistisch sei, heute im Verhältnis Deutschland-Polen von Grenzrevisionen zu reden. Und ebenso realistisch, aber wenig freundlich warf er den „Aussiedler“-Organisationen die künstliche Aufrechterhaltung von Heimweh vor, die „wahrhafte Verständigung“ behindere. Auch sein altes Thema, die deutschsprachige Seelsorge in Polen, ließ er nicht aus und gab nochmals zu Protokoll, dies sei „ein künstliches Problem“, wie das mit den Karten, die ihm Heimatvertriebene mit Deutschland in den Grenzen von 1937 schickten, eben auch.

Der Deutschen Bischofskonferenz blieb nichts anderes übrig, als ihrerseits zu den Ausführungen Glemps Stellung zu nehmen und durch ihren Sekretär, Prälat *Wilhelm Schätzler*, darauf hinweisen zu lassen, daß katholische Vertriebenenverbände ihre seelsorgliche Berechtigung hätten, daß die Apostolischen Vertriebenen-Visitatoren vom Heiligen Stuhl und nicht von der Deutschen Bischofskonferenz ernannt würden und daß ja zur Zeit gemeinsam mit polnischen Bischöfen geprüft werde, ob es eine „auszubauende deutschsprachige Seelsorge in Polen zu geben braucht“. Solange das Ergebnis nicht vorliege, könne „man eigentlich nicht von gegensätzlichen Meinungen sprechen“.

Drei Fragen fallen einem zu dem gesamten Geschehen ein:

1. Wem ist eigentlich damit geholfen, daß eine Sache, die an sich völlig unrealistisch ist, zugunsten von politisch davon lebenden Funktionären durch Interventionen von allen möglichen Seiten immer wieder hochgeschaukelt wird? Und wird nicht auch kirchlicherseits in puncto Vertriebene tatsächlich manches künstlich hochge-

halten einschließlich der Apostolischen Visitatoren?

2. Setzt sich der polnische Primas mit solchen Bemerkungen nicht ohne Not dem Verdacht aus, er wolle seine schwache „innerpolnische“ Position durch „außerpolnische“, der Regierung genehme Stellungnahmen stärken?

3. Bahnt sich in den Unionsparteien nicht etwas an, was vor allem der CDU noch gefährlich werden kann? An ihren deutsch-nationalen Rändern artikulieren sich zunehmend Stimmen, die in Oppositionszeiten weniger auffielen, für eine Regierungspartei aber sehr viel schwerer integrierbar sind. Die SPD erlebte zu Zeiten Helmut Schmidts auf ihren linken und Exoten-Rändern ähnliches. Der Bundeskanzler will integrieren, das war auch der eigentliche Grund, warum er auch nach allen unflätigen Attacken von politisch und biologisch Halbwüchsigen an seiner Gastrolle bei den Schlesiern in Hannover festgehalten hat. Aber kommt nicht irgendwo die Grenze, ab der Integration für eine Partei schädlicher wird als ein klarer politischer Trennungsstrich? Im Herbst 1976 hätte dieser Trennungsstrich bereits gezogen werden können.

Aber was immer sich da entwickelt, es ist ein Elend zwischen Deutschen und Polen. Sie möchten sich versöhnen und sich sichere Grenzen zusichern, aber sie stören dabei immer wieder sich selbst.

111

Friedenskonzil

Stand der Vormittag des 15. Juni auf dem Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf im Zeichen des Vortrags von Bundespräsident Richard von Weizsäcker, so lenkte am Nachmittag sein älterer Bruder Carl Friedrich die Aufmerksamkeit auf sich: Mit großem Beifall wurde der Aufruf des Physikers und Philosophen zu einem „Ökumenischen Konzil des Friedens“ angenommen. Auf einem solchen Konzil, das schon in zwei Jahren zusam-

mentreten sollte, müßten die christlichen Kirchen „in gemeinsamer Verantwortung ein Wort sagen, das die Menschheit nicht überhören kann.“

Daß in der *Konsequenz der ökumenischen Bewegung* ein Konzil aller christlichen Kirchen liegen könnte bzw. sollte, ist ein Gedanke, der aus der einschlägigen Diskussion schon seit längerem vertraut ist. Bei der Vollversammlung des ÖRK in Uppsala 1968 wurden die Mitgliedskirchen erstmals dazu aufgefordert, „auf die Zeit hinzuarbeiten, wenn ein wirklich universales Konzil wieder für alle Christen sprechen“ könne. Eine Verbindung zwischen dieser *Konzilsidee* und dem *Friedensthema* wurde auf der Vollversammlung von Vancouver 1983 hergestellt. Dort hieß es u. a. in einer Empfehlung an den Programmausschuß, der ÖRK möge ein „ökumenisches Konzil für Leben, Gerechtigkeit und Frieden“ einberufen. Der Zentralausschuß machte sich bei seiner Tagung im letzten Sommer diese Empfehlung allerdings nicht zu eigen; in Aussicht genommen wurde nur eine „Weltkonferenz für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“, die 1989 stattfinden soll.

Auch der Aufruf Carl Friedrich von Weizsäckers hat *kaum Aussicht auf Verwirklichung*, zumindest nicht in dem Zeitraum, der ihm vorschwebt (das Konzil sollte, weil die Zeit drängt, seinem Vorschlag nach in zwei Jahren beginnen und spätestens 1989 abgeschlossen sein). Schließlich gehen katholisches, orthodoxes und innerhalb des ÖRK entwickeltes Konzilsverständnis noch zu weit auseinander, als daß man sich in absehbarer Zeit auf ein gemeinsames „Ökumenisches Konzil des Friedens“ verständigen könnte. Außerdem haben sich in den letzten Jahren so viele Kirchen bzw. katholische Ortskirchen zum Thema Frieden aus der Sicht des christlichen Glaubens geäußert, daß man fragen kann, was dem auf einem alle – oder zumindest die wichtigsten – Kirchen umfassenden Konzil überhaupt noch hinzuzufügen wäre. Die Kirchen haben es doch weder an sachkundigen Analysen der militärisch-politischen Gefahren noch an aufrüttelnden Ap-

pellern fehlen lassen. Im übrigen würden sich auch auf einem allgemeinen Friedenskonzil die Rücksichten bemerkbar machen, die viele Kirchen aufgrund politisch-ideologischer Zwänge nehmen müssen.

So verständlich der Wunsch nach einem nachdrücklichen, weil einstimmig-geschlossenen Votum der Weltchristenheit für den Frieden als Bedingung des Überlebens der Menschheit ist, so sehr die Vision eines ökumenischen Friedenskonzils faszinieren mag: Die Kirchenleitungen wie die Gemeinden (an beide richtet sich der Aufruf von Weizsäckers) haben vordringlichere Aufgaben auf diesem Feld. Zum einen sind sie auch weiterhin dazu aufgerufen, von den Impulsen der christlichen Friedensbotschaft aus die Politik ihrer Länder aufmerksam und kritisch zu begleiten, soweit es ihnen überhaupt möglich ist. Zum anderen können Kirchen aus verschiedenen Ländern und Erdteilen auch unterhalb der Ebene eines ökumenischen Friedenskonzils durch Begegnungen untereinander viel zur Förderung von Verständigung und Frieden beitragen.

ru

seine Äußerungen dennoch nicht leicht hinweggegangen werden.

Ob allerdings sein im Mai erschienenen jüngstes Diskussionspapier mit *Vorschlägen zur Veränderung der Kirchenfinanzierung* viel Resonanz finden wird, ist fraglich. Die Autoren und Sprecher, die das Papier der Öffentlichkeit vorstellten, schienen selbst daran zu zweifeln, denn in der Einleitung formulieren sie Gegenargumente: Obwohl es gute Gründe gebe, das heutige Finanzierungssystem der Kirchen kritisch zu überprüfen, so brenne das Thema angesichts hoher Arbeitslosigkeit und leerer öffentlicher Kassen nicht auf den Nägeln. Und: warum schlafende Hunde wecken? Daß selbst Mitglieder des Kreises nicht durchwegs vom Nutzen des Papiers überzeugt waren, zeigen der Hinweis auf die lange Entstehungszeit und das Eingeständnis, daß Einverständnis über eine Alternative zum gegenwärtigen Finanzierungssystem vor allem als Ersatz der Kirchensteuer, dessen stufenweise Abschaffung gefordert wird, weil man es besonders anstößig und als nicht ungefährlich für das geistliche Profil der Kirche hält, nicht herbeizuführen war.

Dem Hauptargument der Verfasser, daß gerade zu einer Zeit, wo die Kirchenfinanzierung öffentlich nicht attackiert wird, die Chance bestehe, unpolemisch sich damit auseinanderzusetzen, ist nicht zu widerlegen und die Sachlichkeit, mit der argumentiert und die Vor- und Nachteile einer Änderung diskutiert werden, ist beeindruckend. Daß von allen prinzipiellen, das Staat-Kirche-Verhältnis berührenden Fragen abgesehen, das gegenwärtige Kirchensteuersystem nicht nur Vorteile hat, indem es der Kirche ein stattliches Finanzpolster sichert und langfristige Planungen ermöglicht, sondern auch mit Nachteilen zu kämpfen hat, z. B. mit der *Abhängigkeit kirchlicher Haushaltsplanung von der staatlichen Fiskalpolitik* – durch die jetzt verabschiedete zweistufige Steuerreform verlieren die Kirchen allein einen Kirchensteueraufkommensbetrag von ca. einer Milliarde DM – wird auch von Leuten eingeräumt, die am System selbst dennoch nicht rütteln möchten.

Selbstzweifel

Der *Bensberger Kreis* ist ein fleißiger Verein aus intelligenten Leuten. Er hat trotz durchaus pluralistischer Zusammensetzung eine von der Öffentlichkeit vertretene eindeutige politische und kirchenpolitische Linie, die als „offen“ und „progressiv“ bezeichnet wird und die mit linkslastig falsch eingestuft wäre. Die Studien, Streitschriften und Diskussionspapiere, die die Bensberger seit Beginn der 70er Jahre sporadisch und in größer werdenden Abständen veröffentlicht haben, zeichnen sich bei aller Kritikwürdigkeit im einzelnen durch einen argumentativen Rang aus, der im katholischen Bereich nur selten anzutreffen ist. Auch wenn der Kreis heute lange nicht mehr über die Publizität seiner Anfangszeiten verfügt, kann über